



Aus der Ideenschmiede – alles Gold, was glänzt? Aktuelle Steuerkonzepte der Parteien

In der Steuerpolitik drehte sich zuletzt fast alles um Klimaschutz, CO₂-Bepreisung und neue Steuern. Spätestens nachdem die Bundesregierung ihr Klimapaket beschlossen hat, gehört die Entlastung der Steuerzahler wieder ganz oben auf die Tagesordnung! Schließlich ist in diesem Jahr die höchste Steuerquote seit der deutschen Wiedervereinigung zu verzeichnen. Höchste Zeit, die Bürger und Betriebe spürbar zu entlasten!

Diese Botschaft kommt auch in der Politik an. So haben CDU/CSU und SPD zuletzt neue Steuerkonzepte mit unterschiedlichen Schwerpunkten vorgelegt. Die Union drängt auf eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung in Deutschland. Sie macht gleich von zwei Seiten Druck auf Bundesfinanzminister Olaf Scholz: So wollen CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier den weitgehenden Stillstand seit der Unternehmenssteuerreform 2008 beenden und mit Entlastungen auf den internationalen Steuerwettbewerb reagieren. Beispielsweise soll der Solidaritätszuschlag vollständig abgebaut, die Steuerzinsen von derzeit 6 Prozent auf 3 Prozent halbiert und die Abschreibungsbedingungen verbessert werden.

Großer Reformbedarf

Ein Blick ins Ausland verdeutlicht, wie groß der Reformbedarf ist. Selbst Hochsteuerländer wie Frankreich und Belgien haben Steuerensenkungen beschlossen. Hierzulande hat die Belastung der Unternehmen hingegen einen internationalen Spitzenwert erreicht. Und ohne Reformen wird Deutschland 2020 sogar die höchste Steuerbelastung in der Riege der G7-Staaten aufweisen. Die Unions-Impulse kommen daher zur richtigen Zeit. Doch damit Deutschland nicht zum Höchststeuerland wird, müssen die Reformen schnellstmöglich umgesetzt werden.

SPD mit Licht und Schatten

Aktuelle steuerpolitische Ideen hat auch der Seeheimer Kreis der SPD vorgelegt. Diese sind jedoch von Licht und Schatten geprägt.

Zu begrüßen ist, dass die SPD wichtige BdSt-Forderungen aufgreift. So soll der Solidaritätszuschlag komplett abgeschafft und der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer nicht bereits ab rund 56.000 Euro, sondern erst ab einem deutlich höheren Einkommen greifen. Doch oberhalb von 90.000 Euro Jahreseinkommen soll der Grenzsteuersatz schrittweise auf 49 Prozent steigen. Gut qualifizierte Arbeitnehmer und der breite unternehmerische Mittelstand hätten dann das Nachsehen. Steuerliche Wachstumsimpulse – die gerade im Konjunkturabschwung gebraucht werden – sehen wahrlich anders aus. Auch in anderen Bereichen will die SPD die Steuerschraube fester andrehen. So will sie z. B. die Abgeltungsteuer abschaffen, Vergünstigungen für Unternehmen und Familienheime im Erbschaftsteuerrecht streichen und die Vermögensteuer reaktivieren (s. auch S. 19). Arbeitnehmern und Betrieben, aber auch Sparern und Erben drohen daher erhebliche Mehrbelastungen.

Die Mitte entlasten!

Die aktuellen Steuerkonzepte sollten der Auftakt für eine breitere Reform-Debatte sein. Dabei ist am Ende entscheidend, dass spürbare Entlastungen beim Steuerzahler ankommen. Denn die hohe Steuer- und Abgabenlast in Deutschland überfordert zunehmend die Bürger und Unternehmen. Neben dem Komplett-Aus für den Soli brauchen wir auch eine grundlegende Reform des Einkommensteuertarifs. Wir werden daher weiter für durchgreifende Entlastungen für die Mitte der Gesellschaft werben.

Jens Lemmer / lemmer@steuerzahlerinstitut.de

Zum Download

Die vollständige Übersicht über die aktuellen Vorschläge von CDU/CSU und SPD (Seeheimer Kreis) stellen wir Ihnen in unserem Mitgliederbereich zur Verfügung. Sie finden ihn online unter www.steuerzahler.de